

Sperrfrist: Montag, 11. Mai 2020, 20:00 Uhr

- Es gilt das gesprochene Wort. -

2020 ... Vieles erreicht ... Neues im Blick

Kraftvoll und mutig durch Corona und die Konjunktur

1. Einleitung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
eine Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsentwurfs Mitte Mai zu halten, ist für die Stadt Lahr ein außergewöhnliches Ereignis. In der Vergangenheit war es üblich, den Entwurf so vorzulegen, dass die Beratung und Beschlussfassung sowie die Vorlage an das Regierungspräsidium noch im alten Jahr erfolgen konnte.

Maßgebend für diese Änderung in den zeitlichen Abläufen sind hauptsächlich die Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesens, „kurz NKHR“ genannt, sowie des Weiteren auch die Situation aufgrund von Corona.

Der Gemeinderat hat am 25. September 2017 beschlossen, den Einführungszeitpunkt für das neue Recht auf den 1. Januar 2020 – den gesetzlich letztmöglichen Termin- festzulegen.

Die intensiven Umstellungsarbeiten haben die Verwaltung sehr in Anspruch genommen. Aber jetzt liegt ein beratungsfähiger Entwurf vor. Vielen Dank an dieser Stelle an die Stadtkämmerei, die unter sehr außergewöhnlichen Umständen diesen Haushaltsentwurf aufgestellt hat. Vielen Dank.

Dieses für mich persönlich erste Haushaltsverfahren als OB der Stadt Lahr hat einen weiteren wichtigen Aspekt: Die Corona-Krise. Sie stellt eine Ausnahmesituation dar, die alle Bürgerinnen und Bürger vor erhebliche Herausforderungen mit besonderen Auswirkungen stellt.

Jede Stadt und Gemeinde ist durch die Pandemie in vielfältigster Weise betroffen. Dies gilt auch im Bereich der Finanzen.

Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben gehen zurück, entfallen zumindest teilweise oder werden ausgesetzt bzw. gestundet.

Auf der anderen Seite stehen zusätzliche Ausgaben zur Aufrechterhaltung des örtlichen Gemeinwesens und der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Nur zu einem geringeren Teil fallen Ausgaben weg.

Die Kommunen stehen vor immensen finanziellen wie auch organisatorischen Herausforderungen. Der Deutsche Städtetag geht bundesweit von einem zweistelligen Milliardenverlust für die Kommunen in diesem Jahr aus.

Keiner kann heute die Folgen dieser Krise einschätzen, dies gilt auch für die finanziellen Auswirkungen. Alle Annahmen und Berechnungen, die heute angestellt werden, sind in gewisser Weise Fiktion, sie können morgen schon überholt sein. Trotzdem müssen diese Berechnungen, besser gesagt diese Prognosen angestellt werden. Maßgebend wird sein, wie lange die Einschränkungen andauern und wann – **und wie** – die Wirtschaft in allen Branchen wieder starten kann und die Konjunktur sich erholt.

Mit dieser späten Haushaltsbefassung haben wir ein Rumpfwirtschaftsjahr, das durch die Corona-Krise maßgeblich beeinflusst wird. Wie sich der tatsächliche Haushaltvollzug 2020 darstellen wird, ist im Moment nicht absehbar. Viele Mittelansätze sind mit Annahmen versehen bzw. so gut wie möglich geschätzt worden. Es wird deshalb notwendig sein, die Finanzentwicklung genauestens zu beobachten und rechtzeitig sowie angemessen zu reagieren. Wobei es nicht nur um das Reagieren sondern auch um ein nachhaltiges, ein zukunftsgerichtetes Agieren geht.

2. Rückblick

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch einen kurzen Blick zurück werfen. Die Stadt hat in den letzten Jahren ein enormes Investitionspaket umgesetzt. Landesgartenschau, Zukunftsinvestitionsprogramm, Kitas und Schulen, Stadtsanierung, stadtgeschichtliches Museum, Maßnahmen in den Stadtteilen, Bahnhof, Kanadaring und Weiteres mehr.

Die Konjunktur hat der öffentlichen Hand bei Bund und Ländern, bei Städten und Gemeinden nach der Finanzkrise 2009/2010 ein enormes Steueraufkommen beschert. Die Stadt hat diese glücklichen Umstände angenommen und die Investitionen ohne neue Schulden finanziert.

Kompliment für Rat und Verwaltung! Allerdings, hohe Investitionssummen ohne Neuverschuldung zu finanzieren, hat auch seinen Preis. Die erwirtschafteten und vorhandenen Eigenmittel sind weitgehend verbraucht.

In einer Sitzung der gemeinderätlichen Lenkungsgruppe Haushaltsstruktur im März hat die Verwaltung (auch) über den Stand der Rücklagen zum Ende des Jahres 2019 informiert. Danach verbleibt ein einsetzbarer Rücklagenbestand von rund 22,2 Millionen Euro.

Dem stehen Mittelneuveranschlagungen – also Mittelübertragungen von 2019 nach 2020 - von rund 20,8 Millionen Euro gegenüber. Damit verbleibt für die Finanzierung künftiger Investitionen mit Eigenmitteln zum 1. Januar 2020 ein Betrag von knapp 1,4 Millionen Euro. Das dieser Betrag in der Sparbüchse bescheiden geworden ist, überrascht nicht und ist auch keine rückwärtsgewandte Kritik! Die Stadt hat nicht nur die LGS, sondern – und das ist noch viel wichtiger für die Zukunft – ein immenses Zukunftsinvestitionsprogramm finanziert einschließlich Sportanlagen mit zwei Hallen, der Bahnhofsanierung, einem neuen Museum und der Neugestaltung des Kanadarings, um nur einige herausragende Beispiele zu nennen. Es ist also keine Kritik, aber wichtig zum Verständnis des Haushaltes 2020 und der Finanzplanung bis 2023! Das ist mir wichtig zu betonen.

3. Haushaltsentwurf 2020

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
mit dem Haushaltsentwurf 2020 stellt die Stadt auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) um.
Damit gehen weitreichende Änderungen in der Darstellung und Bewertung des Haushaltes einher. Im Anschluss an den Vorbericht ist eine umfassende Erläuterung der wesentlichen Merkmale des neuen Rechts enthalten. Für die Stadträte gibt es diese Woche am Freitag noch eine

weitere Informationsveranstaltung auf der Grundlage dieses Haushaltsentwurfs, so dass eine fundierte Beratung des Haushaltes erfolgen kann.

Das neue Haushaltsrecht verfolgt das Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit. Im Vergleich zum alten Recht soll das Ressourcenverbrauchs-konzept das Geldverbrauchs-konzept ablösen. Diese schwer verständlichen Formulierungen bedeuten als belastender Effekt für die Städte und Gemeinden im Wesentlichen, dass die Abschreibungen auf das Anlagevermögen als Werteverzehr erwirtschaftet werden müssen. Das wird auch die Rechtsaufsichtsbehörde beobachten.

Für uns bedeutet das, dass wir jetzt im Haushaltsentwurf 2020 zum ersten Mal saldiert rund sechs Millionen Euro für Abschreibungen als Aufwand einstellen müssen und –soweit möglich- durch Erträge decken müssen. Also eine echte Zusatzbelastung in dieser Höhe.

3.1 Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt entspricht weitestgehend der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung und beinhaltet alle ordentlichen Aufwendungen und Erträge. Er ist der konsumtive Teil des Haushaltes so wie früher der Verwaltungshaushalt.

Die Corona-Krise und ihre Folgewirkungen betreffen hauptsächlich den Ergebnishaushalt. Die Frage ist: In welcher konkreten Höhe wirken sie sich aus?

Wir haben versucht, die Auswirkungen in pauschale Beträge umzusetzen, die den Ergebnishaushalt letztlich negativ beeinflussen. Um es klar zu sagen: "Die finanziellen Folgen der Corona-Krise sind definitiv nicht kalkulierbar und kaum abschätzbar. Es ist der Versuch, ein halbwegs realitätsnahes Ergebnis darzustellen."

Auf der Ertragsseite haben wir beim Gewerbesteueraufkommen von 40 Millionen Euro um vier Millionen Euro auf 36 Millionen Euro – und damit um zehn Prozent - reduziert.

Die für das Jahr 2020 geplanten Steuererträge und hier insbesondere das Gewerbesteueraufkommen mit einer einmaligen Sonderentwicklung führen aufgrund der FAG-Pendelwirkung im FAG-Jahr 2022 zu geringeren Schlüsselzuweisungen bei gleichzeitig höher abzuführenden FAG- und Kreisumlagen, wodurch das geplante Ergebnis 2022 stark (negativ) beeinflusst wird.

Als pauschalen Minderertrag sind zusätzlich fünf Millionen Euro angesetzt. Damit sollen die Minderungen bei den übrigen Kommunalsteuern und Leistungsentgelten, zum Beispiel bei den Kinderbetreuungsgebühren, abgedeckt werden. Bei den Finanzhilfen des Landes erwarten wir Mehrerträge von einer Million Euro. Das Land hat schon mit einer pauschalen Soforthilfe von bislang zweimal 100 Millionen Euro Ersatz für Kinder- und Hortbetreuung sowie ausbleibende Einnahmen aus Volkshochschulen und Musikschulen reagiert.

Die Kommunen erwarten weitere Finanzunterstützung vom Land, der Einnahmeansatz mit einer Million Euro ist deshalb großzügig veranschlagt. Auf der Ertragsseite weisen wir damit im Saldo Mindererträge von acht Millionen Euro aus. Auf der Aufwandsseite sind ebenfalls in pauschaler Form Mehraufwendungen von einer Million Euro für mögliche Unterstützungsleistungen (coronabedingter Mehraufwand) sowie Minderaufwendungen –aus einem lock-down-Effekt von zwei Millionen Euro ausgewiesen. In Saldo wird der Ausgabenansatz um eine Million Euro entlastet.

Unterm Strich sind im Entwurf des Ergebnishaushaltes also sieben Millionen Euro als nachteilige Auswirkungen der Corona-Krise enthalten. Ob

diese Mittel ausreichen, wissen wir nicht. Sie können nach oben und nach unten deutlich abweichen.

Bei all diesen Erwartungen wird davon ausgegangen, dass die Leistungen des Landes im Rahmen des Finanzausgleichs und der Steuerbeteiligungen weitgehend unverändert bleiben oder aber das Land entsprechende Kompensationsmittel als Beihilfe bereitstellen. Die Mai-Steuerschätzung wird hier –hoffentlich- weiteren Aufschluss geben. Die Landesvertreter haben schon angekündigt, nach der Steuerschätzung Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden über die finanziellen Auswirkungen der Pandemie führen zu wollen.

Die Regierungen haben gewiss schnell und auch unbürokratisch agiert und auch die Kommunen unterstützt. Die bisherigen Leistungen reichen jedoch bei Weitem nicht aus. Das Verhältnis von bislang 200 Millionen Euro Landesmittel für Baden-Württemberg bei einer Annahme von sieben Millionen Euro Haushaltsbelastung nur für die Stadt Lahr macht deutlich: Die Waagschalen der CORONA-Kostenverteilung zwischen Staat und Kommunen sind noch zu schief. Bund und Land müssen die Kommunen noch stärker unterstützen! Wir fordern einen Hilfsfonds für Kommunen!

Zu den Zahlen:

Im Ergebnishaushalt weist der Ihnen heute vorgelegte Haushaltsentwurf **ordentliche Erträge in Summe von 139.187.250 Euro** sowie **ordentliche Aufwendungen von 142.819.850 Euro** aus. Daraus resultiert ein **Fehlbetrag von minus 3.632.600 Euro**.

Damit ist der Haushaltsausgleich nicht erreicht, der veranschlagte Ressourcenverbrauch wird nicht erwirtschaftet. Wenn man jedoch auf dieses Planergebnis die pauschal veranschlagten finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise berechnet, ergäbe sich rechnerisch ein Überschuss von rund drei Millionen Euro, so dass die gesetzlichen Ausgleichsvorgaben erfüllt wären.

Im Weiteren sind hier auch die Mittelneuveranschlagungen über 3,4 Millionen Euro zu erwähnen. Dies sind einmalige Veranschlagungen als Deckungsreserve im Übergang vom kameralen auf den doppischen Rechnungsstil.

Der ausgewiesene Fehlbetrag ist in Zusammenhang mit den Auswirkungen der Corona-Krise und eben diesen besonderen Mittelveranschlagungen zu betrachten und zu bewerten.

Und diese Betrachtung meine Damen und Herren fällt durchaus positiv aus.

Wenn man dann weiter berücksichtigt, dass wir erstmals die Abschreibungen saldiert mit sechs Millionen Euro in den Haushaltsausgleich einbeziehen müssen, kann das Ergebnis trotz des Fehlbetrages nochmals etwas günstiger bewertet werden.

Für den Gesamtergebnishaushalt ergibt sich ein planmäßiger Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 2,4 Millionen Euro. Dieser Wert entspricht der früheren Mindestzuführungsrate.

Die **Gesamtpersonalaufwendungen** werden einschließlich der **Stellenanpassungen mit 38 Millionen Euro** veranschlagt. Im Vergleich zum vorjährigen Rechnungsergebnis ergibt sich ein Anstieg von 2,93 Millionen Euro. Davon entfallen auf die geltenden bzw. angenommenen Tarif- und Besoldungserhöhungen circa 1,1 Millionen Euro.

Im Ansatz sind auch Mittel enthalten, die für die noch ausstehenden Entscheidungen zum Stellenplan 2020 resultieren. Im übrigen können wir gerade an dieser Stelle davon ausgehen, dass wir ein Rumpfsjahr haben, in dem die personellen Umsetzungen erst spät im Jahr greifen. Die Personalaufwendungen entsprechen circa 27 Prozent der Gesamtaufwendungen im Jahr 2020.

Die Stadt wächst, die Aufgaben für die Verwaltung nehmen zu. Will man die Aufgabenerfüllung gewährleisten, brauchen wir gut qualifiziertes Personal und das in der erforderlichen Anzahl. Mit einem Anteil von 27 Prozent an den Gesamtausgaben stehen wir im Landesvergleich gut da.

Die Aufwendungen für **Sach- und Dienstleistungen** liegen in der Summe bei rund 21,9 Millionen Euro. Hier sind die wesentlichen Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten für Gebäude und Grundstücke enthalten. Ebenfalls veranschlagt sind an dieser Stelle die Sachmittel für die Schulen.

Die im Ergebnishaushalt zu behandelnden Schulsanierungsmaßnahmen wurden ebenfalls unter dieser Position angesetzt. Die von der Stadt zu zahlenden Mieten und Pachten sind mit circa 1,95 Millionen Euro ausgewiesen.

Die Abschreibungen sind mit 7,5 Millionen Euro veranschlagt.

Der Auflösungsbetrag beträgt 1,5 Millionen Euro, so dass die zusätzliche Belastung für die Stadt wie ausgeführt bei sechs Millionen liegt.

Ein **wesentlicher Block bei den Ausgaben sind die Transferaufwendungen**. Sie belaufen sich auf insgesamt 53,15 Millionen Euro. Davon entfallen auf Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte rund 12,3 Millionen

Euro. Der größte Teil ist bereitgestellt für die Bezuschussung für den Betrieb von Kindertagesstätten kirchlicher und freier Träger.

Zu den auch hier veranschlagten Finanzumlagen gehören die Gewerbesteuer-, Finanzausgleichs- und Kreisumlage. In der Summe sind das 40,87 Millionen Euro. Bei der Kreisumlage ist ein Hebesatz von 27,5 Prozent der Steuerkraftsumme zugrunde gelegt worden. Der Ortsaukreis verfügt noch über einen relativ geringen Umlagesatz.

Der Bau- und Gartenbetrieb Lahr erhält eine Kostenerstattung über 8,46 Millionen Euro, abgerechnet über Verrechnungssätze. Schon erwähnt habe ich das ordentliche Ergebnis mit minus 3.632.600 Euro.

3.2 Finanzhaushalt

Für eine Haushaltsrede dürfte die Investitionstätigkeit und deren Finanzierung im Vordergrund stehen. An Investitionszahlungen stehen 45,5 Millionen Euro bereit. Davon entfallen auf Baumaßnahmen 32,8 Millionen Euro.

Dieser hohe Betrag ist entstanden, weil beim Umstieg auf das neue Recht die formale Bildung von Haushaltsresten nicht möglich war. Die notwendige Bereitstellung im Jahr 2020 erfolgte als sogenannte Mittel-

neuveranschlagung mit einem gesamten Auszahlungsbetrag von 19,16 Millionen Euro. Dagegen stehen Investitionsförderungen, ebenfalls neu veranschlagt von 1,76 Millionen Euro. Die baulichen Investitionen verteilen sich schwerpunktmäßig auf folgende Bereiche:

Schulen

Für die Schulen sind insgesamt circa 11,8 Millionen Euro bereitgestellt. Davon entfallen auf Schulsanierungsmaßnahmen rund 9,5 Millionen Euro. Es handelt sich um überwiegend geförderte Maßnahmen, die nach den Förderbestimmungen bald abzuschließen sind. Ich komme auf die Schulen und die Kinderbetreuung nachher nochmals zurück.

Kindertagesstätten

Für die Kindertagesstätten stehen rund zwei Millionen Euro zur Verfügung. Damit werden die bisherigen Bemühungen, bedarfsgerechte Betreuungseinrichtungen zu schaffen, fortgeführt. Auch künftig werden wir für Kinderbetreuung und schulische Bildungsstätten - als Investitionen in unsere Zukunft meine Damen und Herren - viel Geld in die Hand nehmen müssen und können, um dem Wachstum der Stadt und den zusätzlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Feuerwehr

Für den Neubau der Feuerwache West sind in 2020 rund 3,7 Millionen Euro eingestellt. Die Gesamtinvestition wird mehr als doppelt so hoch sein. Damit stellt die Feuerwehr einen wesentlichen Investitionsschwerpunkt im Haushalt dar. Dass diese Investition nicht zurückgestellt wird, bildet ab, dass die Stadt gerade im Westen wächst, und sie ist ein aktives Bekenntnis für die haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehrleute und auch Ausdruck, dass der Haushalt 2020 fokussiert und wohl überlegt Zeichen setzt. Mit der Standortveränderung wird die Feuerwehr auch für künftige Entwicklungen besser aufgestellt.

Stadtsanierung

Die Ausgaben für die Stadtsanierung belaufen sich auf rund 2,3 Millionen Euro. Hier steht vor allem die Weiterführung der Sanierungsmaßnahme „Kanadaring“ an.

Straßen, Wege und Plätze

Für Tiefbau sind 9,1 Millionen Euro für Maßnahmen über das gesamte Stadtgebiet mit Stadtteilen vorgesehen. So auch der Ausbau der Ortsmitte in Kuhbach und Sulz. Diese beiden Projekte, die nach jahrelanger Planung in die Realisierung gehen sind Beleg, dass Straßenbau, nicht einfach dem Auto gefrönt ist, sondern er eine wichtige Bedeutung für die

soziale Infrastruktur haben kann. Es freut mich sehr, dass diese beiden wichtigen Projekte endlich in die Umsetzung kommen.

LGS-Areal

Die Restfinanzierung der baulichen Maßnahmen auf dem LGS-Areal ist im vorgelegten Entwurf mit 1,5 Millionen Euro veranschlagt. Nach heutigem Stand wird sich der Betrag nochmals um rund 200.000 Euro erhöhen. Die Verwaltung wird dies bei den Haushaltsberatungen einbringen. In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf die Verpachtung des Hauses am See eingehen.

Die für den Parkplatz erforderlichen Mittel sind mit 280.000 Euro im Entwurf enthalten. Darüber hinaus sind, wie schon länger bekannt und auch schon vom GR beschlossen- baulichen Nacharbeiten im Gebäude, Internen erforderlich, hierfür ist noch ein Restbetrag von 143.000 Euro veranschlagt. Dieser Betrag ist keine Zusatzausgabe. Er dient schlicht der Fertigstellung des Haus am See. Die bisherige Einrichtung wurde wirtschaftlich vom Pächter gestellt und übernommen. Über die Bedeutung des Hauses am See wird im Laufe dieser Sitzung noch beraten.

Der Blick auf die Einnahmeseite bzw. Finanzierung des

Finanzplans richtet sich vor allem auf die geplanten Kreditaufnahmen – sowie es früher auch nach altem Recht war. Wir weisen eine Krediter-

mächtigung von 18,5 Millionen Euro aus. Dagegen stehen Kredittilgungen von vier Millionen Euro sowie eine Sondertilgung an das Rahmenkonto Ost über 500.000 Euro. In den Kredittilgungen sind zwei Millionen Euro Sondertilgungen nach dem vom Gemeinderat beschlossenen Finanzierungs- und Entschuldungskonzept enthalten.

Die Neuverschuldung beträgt danach noch rund 14,5 Millionen Euro im Kernhaushalt. Ein kräftiger Schluck! Der Schuldenstand des Haupthaushaltes würde sich zum Ende des Jahres auf 34,47 Millionen Euro belaufen.

Die im Entwurf ausgewiesenen Kreditaufnahmen können sicherlich nicht jedes Jahr wiederholt werden. Allerdings war für die Investitionsfinanzierung im vergangenen Jahr eine Kreditaufnahme von 11,8 Millionen Euro enthalten. Da ein Teil der finanzierten Investitionen als Mittelneuveranschlagungen von 2019 nach 2020 übernommen wurden, brauchte die Kreditermächtigung nicht abgerufen werden.

Gleiches gilt auch für die Rückführung der gemeindlichen Darlehen aus den Eigenbetrieben über knapp 6,8 Millionen Euro, die jetzt als Finanzierungsmittel im Planjahr 2020 veranschlagt sind.

4. Finanzplanung

Die Finanzplanung ist vom Gemeinderat zusammen mit der Haushalts-satzung zu beschließen, nach altem Recht war nur eine Kenntnisnahme der mittelfristigen Finanzplanung –so der bisherige Begriff- erforderlich. Damit soll diesem Teil des Planwerkes mehr Gewicht verliehen werden. Dem möchte ich auch heute Rechnung tragen. Wir haben für eine Sitzung der Lenkungsgruppe Haushaltsstruktur im März die Bedarfsmel-dung der Fachdienststellen bis 2023 zusammen geführt und eine vorläu-fige Finanzierung dargestellt. Das Ergebnis war, dass sich die Verschul-dung des Kernhaushaltes um annähernd 90 Millionen Euro auf über 109 Millionen Euro erhöht hätte.

Eine Entwicklung, die finanzwirtschaftlich nicht gangbar wäre und mit Bestimmtheit von der Rechtsaufsicht beanstandet würde.

Verwaltungsspitze und Kämmerei haben dann in mehreren Gesprächs-runden das Zahlenwerk beraten, abgewogen, Maßnahmen geschoben und so letztlich eine Finanzplanung bis 2023 entworfen, die mit einer Neuverschuldung von 37,2 Millionen Euro abschließt. Aufgeteilt auf die einzelnen Jahre ergeben sich folgende Nettoneuschulden:

Jahr	Summe
2020	14,5 Millionen Euro
2021	11,2 Millionen Euro
2022	8,8 Millionen Euro
2023	2,7 Millionen Euro

Der Schuldenstand würde sich bis Ende 2023 danach auf rund 57,2 Millionen Euro belaufen.

Auch das sind noch Zahlen, die einer gesunden Haushaltswirtschaft nur bedingt entsprechen und folglich auch mit einem Fragezeichen zu versehen sind.

Fragen wir uns nach den Gründen für diese Situation:

Zum **Ersten** ist das ein Stück weit das neue Recht, das uns zusätzlich mit rund sechs Millionen Euro im Ergebnishaushalt belastet und andere Ausgleichsregelungen enthält.

Zum **Zweiten** haben wir jetzt über die Mittelneuveranschlagungen, also die früheren Haushaltsreste in Höhe von 19 Millionen Euro, im Ergebnishaushalt zusätzliche Maßnahmen zu finanzieren.

Zum **Dritten** müssen wir die Corona-Krise in 2020 mit rund sieben Millionen Euro „einpreisen“.

Das sind die Gründe, die derzeit in der Betrachtung im Vordergrund stehen. **Greift man tiefer, sind zwei Aspekte**

erkennbar:

1. Wir müssen unsere Eigenfinanzierungskraft stärken, der konsumtive Ergebnishaushalt muss mehr Überschüsse erwirtschaften. Das geht nur über eine Steigerung der Erträge und Reduzierung der Aufwendungen.

2. Das Investitionspaket muss nach tatsächlichem Bedarf priorisiert und entsprechend den finanzwirtschaftlichen Möglichkeiten der Stadt umgesetzt werden. Wesentliches Kriterium wird sein, inwieweit Investitionen zukunftsfähig oder m.a.W. nachhaltig für die Stadtentwicklung sind. Welche Investitionen und welche laufenden Ausgaben bringen unsere Stadt voran?

Ich werde eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe einsetzen, die dieses Thema aufbereitet. Die Ergebnisse werden in die Lenkungsgruppe Haushaltsstruktur eingebracht.

Im Weiteren wird das Thema Finanzen und Finanzierungsmöglichkeiten auch in die im Herbst vorgesehene Gemeinderatsklausur aufgenommen werden. Dort wird zu diskutieren sein, wie wir unseren Handlungs- und Investitionsspielraum sichern und erweitern können.

5. Investitionspakete und Schluss

Lassen sie mich zum Schluss meiner Ausführungen noch auf mir persönlich wichtige Aspekte eingehen.

Wir haben zu Beginn des Jahres darüber gesprochen, dass für eine Stadt, die Stadtverwaltung und damit auch für den Oberbürgermeister vier Bereiche aktuell sehr wichtig sind.

Digitalisierung, Umwelt/Klima, Wohnen, Mobilität.

Und hier setzt der Haushalt 2020 – auch wenn die Corona-Situation, die Konjunktur und die neuen Eckwerte des Haushaltes **in manchen Planungen restriktiv Regie** geführt haben Zeichen. Wir befinden uns in einer Übergangsphase, wir haben real ein kurzes Haushaltsjahr, eine Verständigung mit dem Gemeinderat über die wesentlichen Ziele und Leitlinien der Stadtentwicklung steht im Herbst an, darauf folgt dann sehr zeitnah der Haushalt 2021. Ich will nicht verhehlen, dass auch ich in

manchen Bereichen gerne mehr eingebracht hätte, zum Beispiel die Verbesserung des Bustaktes.

Wer jedoch die Positionen des Haushaltes genauer studiert und die Bereiche richtig zusammenfasst, sieht schnell: Dieser Haushalt 2020 gehorcht nicht einfach einer Not!

Er setzt im Sinne eines gebotenen antizyklischen Agierens bedeutende Schwerpunkte:

Schon erwähnt, sind die **Schulen und die Kinderbetreuung**, mit zwölf beziehungsweise zwei Millionen Euro in diesem Jahr, sowie mit sage und schreibe rund 30 Millionen Euro in den Jahren 2020 bis 2023.

Ich nenne zum Beispiel die Stadtteile.

Es ist kein Kleckern, es ist im positivsten Sinne geklotzt, wenn wir 10,5 Millionen Euro als rein investive Maßnahmen für die sieben Stadtteile zur Verfügung stellen, plus eine Millionen Euro weitere VE.

Weniger stark haushaltsaffin, aber für das Handwerk von besonderer Bedeutung sind zwei Maßnahmen, die bereits in Vorbereitung sind bzw. in 2020 angegangen werden. Zum einen sollen –außerhalb des Haushalts über das Rahmenkonto Ost- die Erschließungsmaßnahmen, zu denen der BUND-Kaufvertrag von 1996 verpflichtet, umgesetzt werden.

Das ist voraussichtlich ein siebenstelliger Betrag, den wir dem Gemeinderat zur Entscheidung vorlegen werden. Die Planungen dafür sollen 2020 –nach Beratung im Gemeinderat- beauftragt werden. Zum anderen werden zur Zeit die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um im Gewerbegebiet Langenwinkel, einen noch freien Gewerbeflächenbereich neu zu parzellieren und bevorzugt für Handwerker zur Verfügung zu stellen.

Umwelt-/Energie- und Klimaprojekte

Eine noch viel größere Position kommt den **Umwelt- / Energie- und Klimaprojekten** zu, auch wenn die Definition hierfür sicher nicht einfach ist, da darf man sich auch darüber streiten. Sie wurde für den Energiebeirat ermittelt mit einem Wert von 15,2 Millionen Euro, davon 13,3 Millionen Euro für Bau- und Sanierungsprojekte, die klimarelevant sind.

Die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED wird mit einem weiteren Schritt von rund 750.000 Euro finanziert. Die Stabsstelle Umwelt verfügt über einen Etat von über 200.000 Euro mit dem verschiedene Aspekte abgedeckt werden.

Für die Digitalisierung stehen in Summe 1,2 Millionen Euro plus 250.000 Euro Verpflichtungsermächtigung im Haushalt, davon 100.000

Euro für die Erarbeitung einer Digitalisierungsstrategie, 250.000 Euro für den Ausbau des Breitbandnetzes und 415.000 Euro für die Digitalisierung der Schulen. Wenn alles planmäßig läuft, wird es bis zur Sommerpause -für die Nutzer kostenfreies- öffentliches W-LAN in der Innenstadt geben. Mit Recht kann man sagen: Digitalisierung ist eine Zukunftsposition im Haushalt.

Mobilität und ÖPNV

Der ÖPNV wird im Kernhaushalt mit rd. 200.000 Euro unterstützt. Die wesentlichen Ausgaben laufen aber im Eigenbetrieb „Bäder, Versorgung und Verkehr“ Dort sind für Orts- und Nachbarschaftsverkehr über 1,4 Millionen Euro bereitgestellt. Die Klimadiskussion ist nach wie vor ein wichtiges Thema. Entscheidende Impulse auf Ebene der Stadt erwarte ich mir dabei vom Verkehrsentwicklungsplan mit besonderem ÖPNV-Schwerpunkt. Ergebnisse und Maßnahmen werden wir nach Vorliegen des VEP im Herbst diskutieren. Das Thema beschäftigt aber nicht nur die Stadt Lahr –zum sogenannten Ein-Euro-Ticket für den ÖPNV wird gemeinsam mit dem Kreis eine kreisweit einheitliche Lösung entwickelt. Die Tarifstruktur soll attraktiver werden und auch ein dem Ein-Euro-Ticket entsprechendes Angebot im Tarifverbund Ortenau für die Stadtverkehre möglichst noch in diesem Jahr eingeführt werden. Deshalb ha-

ben wir im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs für das Rumpfbjahr 2020 150.000 Euro eingestellt.

Wobei, dies ist ein Einstieg in weitere Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV, die es zu diskutieren gilt. So wird das beauftragte Verkehrsentwicklungskonzept der Stadt im Herbst zum Abschluss gebracht werden.

Weitere 885.000 Euro sind eingestellt für den Grundstückserwerb eines künftigen Pendlerparkplatzes westlich der Bahngleise – dessen künftige Realisierung ist ein Markstein für viele Pendler beim Umstieg auf die Bahn und Voraussetzung, die Bahnunterführung für Fußgänger und Radfahrer zu realisieren. Für Radwege sind im Haushalt über 840.000 im Entwurf eingestellt (einschließlich 215.000 Euro VE). In Summe steht die Mobilität mit 3,9 Millionen Euro zuzüglich 550.000 VE im Haushalt.

Wohnen

Die Stadtverwaltung wird in diesem Jahr einen **Wohngipfel** anberaumen, voraussichtlich noch vor den Sommerferien. . Im Haushalt stehen im weiteren Zusammenhang Mittel von nahezu 2,6 Millionen Euro zur Verfügung.

Unter anderem werden damit auch Maßnahmen der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft maßgeblich unterstützt. Mit 600.000 Euro ist der zweithöchste Teilbetrag vorgesehen für zusätzlichen Wohnraum zur Unterbringung von Obdachlosen und Familien in prekären Situationen.

Auch bei allen diesen Aufgabenbereichen werden wir grundlegende Diskussionen –auch bei der Klausur des Gemeinderates- führen, um eine klare Zielsetzung und effiziente Wege zur Umsetzung festzulegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Sie sind sicher einer Meinung mit mir, dass dieser Haushalt 2020 für die Stadt Lahr ein sehr außergewöhnlicher Haushalt ist. Ähnlich außergewöhnlich, wie das Jahr 2020 verläuft, gesundheitlich, sozial, wirtschaftlich und mit einer langen Interimszeit. Wir bewältigen eine Systemumstellung, stellen uns dem Konjunkturunbruch und wappnen uns für weitere CORONA-Risiken. Bei der Neuaufstellung, in der wir uns befinden, werden wir auch darüber sprechen müssen, sich vielleicht nicht mehr alles –auch Liebgewonnenes- im Tagesgeschäft leisten zu können. Wir müssen uns gut organisieren und wir müssen nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Einkommensquellen gut im Blick haben. 2020 ist ein Haushalt des Übergangs und gleichzeitig ein Haushalt mit bedeutenden

Schwerpunkten und –noch wichtiger- kräftigen Schritten zur nachhaltigen Gestaltung unserer Stadt.

Diese Schritte sind bedeutend und sie werden noch größer werden, wenn CORONA es erlaubt, sicher schon 2021. Ich habe keine Zweifel, dass wir die Herausforderungen gemeinsam werden meistern können!

Auf die CORONA-Pandemie möchte ich abschließend noch in einem anderen Sinne eingehen. Bisher war in dieser Rede nur negatives über die Situation enthalten.

Man kann die Krise auch als Chance begreifen.

Die enormen öffentlichen Mittel, die in Konjunktur- und Investitionsprogramme fließen werden, müssen eine doppelte Wirkung erzielen. Sie müssen Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen. Sie müssen den Umbau unserer Ökonomie in eine klimaneutrale und naturverträgliche Wirtschaft voran bringen.

Es sollten die Chancen genutzt werden, aus etwas sehr Schädlichem, zumindest in Teilen auch etwas Zukunftsträchtiges, Nützliches zu machen. Wir können die Arbeitseffizienz verbessern durch verstärkte Nut-

zung von Videokonferenzen. Wir haben die Möglichkeit, das Gesundheitssystem weiter zu stärken, ebenso Vorsorge- und Sicherheitsaspekte. Und nicht zuletzt können wir noch mehr Lernen, uns auf das Wesentliche zu besinnen, den Wert des sozialen Zusammenhaltes mehr zu erkennen – gerade wegen des geltenden Kontaktverbots.

Ich sende den Corona-Erkrankten auf diesem Weg herzliche Genesungswünsche. Den von Zukunftssorgen getroffenen Mitmenschen möchte ich Zuversicht wünschen. Bewahren Sie sich den Blick für das Positive oder finden Sie diesen wieder. Herzlichen Dank an alle Engagierten, die mit ihrer täglichen Arbeit einen unverzichtbaren Dienst für uns alle erbringen. Bleiben Sie gesund!

Wir als Stadtverwaltung Lahr, die Beschäftigten der Stadtverwaltung, meine Kollegen EBM Herr Schöneboom und BM Petters, der Gemeinderat der Stadt Lahr und ich als Oberbürgermeister werden unser Möglichstes tun, um in Gemeinschaft und Solidarität diese Krise zu überstehen, die Lehren daraus zu ziehen und optimistisch und zupackend vorzugehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen einen guten Verlauf der diesjährigen Haushaltsberatungen.